

<b>Beschlussvorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> 2019/NK/083
Federführend: Amt für Zentrale Dienste und Finanzen		Status: öffentlich
		Datum: 03.12.2019
		Verfasser:
		FBL: Frau M. Rißer
<b>Beratungen zur Aufstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes für die Peenestadt Neukalen</b>		
<b>Behandlung</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsfolge</b>
Öffentlich	12.12.2019	Stadtvertretung Neukalen

### Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung lehnt inhaltlich die Verhängung des Klimanotstandes ab.
2. Die Stadtvertretung beauftragt die Fachausschüsse zusammen mit der Verwaltung zur Aufstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes. Dies soll folgende Punkte umfassen:
  - Es werden alle relevanten Maßnahmen und Projekte seit 2008 erfasst und in ihrer Nachhaltigkeit bewertet. Dabei soll vor allem- soweit möglich- auf die Einsparung von CO2 sowie die finanzielle Rendite eingegangen werden.
  - Bereits geplante Maßnahmen und Projekte werden in gleicher Weise erfasst.

Die Einwohnerinnen und Einwohner können in die Beratungen der Fachausschüsse mit einbezogen werden.

### Sach- und Rechtslage:

Notstand im verfassungsrechtlichen Sinne ist eine gefährliche Situation, die durch schnelles Handeln beseitigt werden muss. Kommt es in einem bestimmten Gebiet aufgrund von Naturkatastrophen, Krieg, Aufruhr oder ähnlichem zu einer unüberschaubaren Lage, so kann der Notstand, auch Ausnahmezustand, ausgerufen werden. In der Regel hat dies dann zur Folge, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Gesetz und Recht insoweit verzichten kann, wie sie es zur Bekämpfung des Notstandes für erforderlich hält. In den demokratischen Ländern bedeutet der Notstand in der Regel die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Maßnahmen sowie Zurückdrängung von längere Zeit in Anspruch nehmenden behördlichen oder legislativen Verfahren.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen war und ist, auch für die Stadtvertretung der Peenestadt Neukalen, bei allen Beschlüssen und Projekten eine zentrale Handlungsgrundlage. Die Ausrufung eines Notstandes wird hier nicht als geeignetes Instrument angesehen. Dieser eher symbolische Akt ist nicht dazu geeignet, einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die Peenestadt Neukalen hat in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beigetragen haben. Die begonnene Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, die Sanierung der Heizungsanlagen in stadteigenen Gebäuden oder die Ansiedlung mehrere Photovoltaikanlagen sind dabei nur einige Beispiele. Diese sollen zusammengetragen werden, sowie zukünftige Projekte Nachhaltigkeit beleuchtet werden.

### Finanzielle Auswirkungen:

keine

### Anlagen:

keine

# Lebenslauf

(Beratungsverlauf der Vorlage 2019/NK/083 mit Realisierungsvermerk)

## Beschlüsse:

**12.12.2019**

**V/NK/092**

### **Sitzung der Stadtvertretung Neukalen**

Herr Voß erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Henneberg ist der Auffassung, dass eine Bewertung und Erfassung aller Maßnahmen und Projekte seit 2008 ein zu großer Aufwand für die Verwaltung ist und beantragt die Streichung dieser Passage unter 2. Abs. 1 des Beschlussvorschlages.

Herr Wilke äußert sein Unverständnis darüber, dass von den Initiatoren zur Verhängung des Klimanotstandes in Neukalen niemand anwesend ist. So kann man nicht miteinander ins Gespräch kommen. Nach seiner Meinung bringt diese Initiative Neukalen nach außen nur in Misskredit. Stattdessen wurden in der Peenestadt Neukalen in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur CO<sub>2</sub>-Einsparung umgesetzt (z.B. Bau von PV-Anlagen, Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, Schaffung von Renaturierungs- und Stilllegungsflächen, Anlegung von Blühwiesen und Ausgleichspflanzungen). Für den Bau von Windrädern hat sich die Stadtvertretung nicht eingesetzt, weil das von der Bevölkerung abgelehnt wurde.

Herr Voß informiert, dass im Jahre 2017 nach Auskunft der E.DIS in Neukalen durch PV-Anlagen ca. 400.000 kWh Strom mehr erzeugt wurde, wie die Haushalte verbraucht haben.

Nach Abschluss der Diskussion verliert Herr Voß den geänderten Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung lehnt inhaltlich die Verhängung des Klimanotstandes ab.
2. Die Stadtvertretung beauftragt die Fachausschüsse zusammen mit der Verwaltung zur Aufstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes. In diesem sollen alle zukünftigen Maßnahmen im Planungszeitraum bis 2024 erfasst werden.

Die Einwohnerinnen und Einwohner können in die Beratungen der Fachausschüsse mit einbezogen werden.

## **Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung lehnt inhaltlich die Verhängung des Klimanotstandes ab.
2. Die Stadtvertretung beauftragt die Fachausschüsse zusammen mit der Verwaltung zur Aufstellung eines Nachhaltigkeitskonzeptes. In diesem sollen alle zukünftigen Maßnahmen im Planungszeitraum bis 2024 erfasst werden.

Die Einwohnerinnen und Einwohner können in die Beratungen der Fachausschüsse mit einbezogen werden.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0